

BREXITNEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

April 2018

Eine knappe Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit dem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

Thema des Monats	2
Brexit-Checkliste: Was müssen die Unternehmen beim Warenhandel beachten?	2
Wichtige Entwicklungen	3
Grenze zu Irland: Noch keine Einigung.....	3
Britisches Oberhaus verpasst May eine Brexit-Niederlage	3
Großbritannien und der Binnenmarkt: alles ist möglich	3
Die endgültige Summe der Austrittszahlungen „in Unsicherheit gehüllt“	4
May weist auf eine weichere Haltung in der EU-Migration hin.....	4
Hintergrundmaterial	5
Bank of England versucht Inflationsrisiken und Brexit-Unsicherheiten auszugleichen	5
Bericht über die zukünftigen EU-UK Beziehungen veröffentlicht.....	5
Jedes Brexit-Szenario wird Großbritannien schlechter stellen	5
Seit dem Brexit ist Großbritannien für Fachkräfte uninteressant	5
Seit dem UK-Referendum haben sich 20 Banken für Frankfurt entschieden.....	6
Britische Arbeiter sorgen sich um ihre Zukunft.....	6
Die Folgen des Brexit für Deutschlands Regionen.....	6
Dies und Das	7
Die Zahl der Briten, die EU-Bürgerschaft erhalten, nimmt zu	7
Ehemalige Regierungschefs äußern sich über Brexit	7
Die Briten fordern eine Abstimmung über das Brexit-Abkommen	7
Es sollte auch an Paare gedacht werden, die durch den Brexit getrennt werden.....	8
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien	9
Ressourcen	11

Thema des Monats

Brexit-Checkliste: Was müssen die Unternehmen beim Warenhandel beachten?

Vor fast zwei Jahren, im Juni 2016, hat das britische Volk für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Das Vereinigte Königreich wird nach dem Brexit demnach zu einem Drittstaat. Diese Entscheidung führt in vielen Bereichen zu drastischen Konsequenzen, insbesondere für die Wirtschaft. Für Deutschland ist das Vereinigte Königreich der fünftgrößte Exportmarkt, weshalb Deutschland überdurchschnittlich stark betroffen ist. Sollte es zu keiner Einigung zwischen London und Brüssel kommen, würde der Handel zwischen Großbritannien und der EU lediglich nach WTO-Regeln erfolgen.

Der Warenhandel ist einer der am stärksten betroffenen Bereiche, da der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nach derzeitigem Stand mit der Einführung von Zöllen verbunden sein wird. Die Unternehmen werden dann nicht „nur“ Zölle zahlen müssen, sondern werden sich dann auch mit Zollförmlichkeiten sowie Verbote und Beschränkungen im Warenhandel beschäftigen müssen. Zu den Zollförmlichkeiten gehören unter anderem das Schaffen von personellen, administrativen und technischen Ressourcen für das Erstellen und Verwalten von Zollanmeldungen. Hierzu zählen die Beantragung der EORI-Nummer und das Einrichten von ATLAS-Nutzerkonten für die Abgabe elektronischer Zollanmeldungen. Außerdem ist es für Unternehmen empfehlenswert, sich mit der praktischen Erstellung von Zollanmeldungen vertraut zu machen. Dies beinhaltet die Angabe der Warentarifnummer gemäß EU-Zolltarif und die Angabe der betreffenden Kodierungen für Zollverfahren gemäß dem Merkblatt für Zollanmeldungen. Die Unternehmer sollten sich zudem darüber informieren, welche sonstigen Dokumente für die Zollabwicklung erforderlich sind, wie z. B. IHK-Ursprungszeugnisse, Rechnungen oder Zollwertanmeldungen.

Es wird den Unternehmen zudem empfohlen, sich mit den geltenden Kontrollvorschriften der EU und Deutschlands zu Verboten und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittstaaten vertraut zu machen. Darüber hinaus sind die Genehmigungen wichtig: Den Firmen sollten die für die Anzeige bzw. Genehmigung von Aus- und Einfuhren zuständigen Stellen ebenso bekannt sein, wie der Prozess der Antragstellung und die Anforderungen an unternehmenseigene Compliance-Strukturen (Benennung eines Ausführverantwortlichen, Erstellung einer Arbeits- und Organisationsanweisung zur Exportkontrolle).

Diesen und viele weitere wichtige Hinweise für Unternehmen im Zusammenhang mit dem Brexit finden Sie in unserer aktualisierten [Brexit-Checkliste](#).

Wichtige Entwicklungen

Grenze zu Irland: Noch keine Einigung

Die EU hat am 19. April die britischen Vorschläge zur Vermeidung einer harten Grenze in Nordirland umfassend [abgelehnt](#). Dies wurde bei einem Treffen zwischen hochrangigen EU-Beamten und dem Verhandlungsführer des Vereinigten Königreichs, Olli Robbins, in Brüssel mitgeteilt. Nordirland ist der einzige Teil von Großbritannien, der nach dem Brexit eine gemeinsame Grenze mit einem EU-Mitgliedstaat – der Republik Irland – haben wird. Die britische Regierung betonte, dass sie eine „starre Grenze“ vermeiden wollen. Die Frage, wie die Grenze zwischen Nordirland, welches Teil des Vereinigten Königreichs ist, und der Republik Irland gestaltet wird, bleibt eines der Schlüsselthemen bei den Brexit-Verhandlungen.

Britisches Oberhaus verpasst May eine Brexit-Niederlage

Am 18. April 2018 [stimmte](#) das britische Oberhaus mit deutlicher Mehrheit (348 zu 225) für einen Änderungsantrag zum EU-Austrittsgesetz, damit Großbritannien nach dem Brexit vielleicht doch noch in der Zollunion bleiben kann. So sollen drohende Konflikte durch die neue EU-Außengrenze auf der irischen Insel verhindert werden. Das britische Unterhaus wird Ende April in einer nicht-bindenden Abstimmung ein Stimmungsbild übermitteln, ob es eine Mehrheit für eine Zollunion gibt. Die Opposition im Unterhaus will eine feste Grenze zwischen dem EU-Staat Irland und dem britischen Nordirland nach dem Austritt Großbritanniens verhindern. Sie fürchten, dass andernfalls alte Wunden in der ehemaligen Bürgerkriegsregion wieder aufgerissen werden könnten. Die Zollunion sei der einzige praktikable Weg, um Arbeitsplätze zu erhalten, die Produktion zu unterstützen und eine feste Grenze in Nordirland zu verhindern.

Großbritannien und der Binnenmarkt: alles ist möglich

Brexit EU-Chefunterhändler Michel Barnier schloss Anfang April nicht aus, dass das Vereinigte Königreich nach seinem Austritt seine Meinung über die künftigen Beziehungen mit der EU noch ändern könne. Premierministerin Theresa May betonte jedoch, dass Großbritannien nicht länger im Binnenmarkt und in der Zollunion bleiben werde um sicherzustellen, dass UK eigenverantwortlich über die Grenzen und Handelsabkommen mit anderen Ländern bestimmen kann. Barnier sagte, wenn das Vereinigte Königreich seine Position zu diesem Thema ändere, sei die EU bereit, Zugeständnisse zu machen. Er schlug vor, London könne ein ähnliches Modell wie Norwegen verfolgen, das als Gegenleistung für einen finanziellen Beitrag den Zugang zum Binnenmarkt hat.

Die endgültige Summe der Austrittszahlungen „in Unsicherheit gehüllt“

Ein hochrangiger britischer Parlamentsabgeordneter sagte, dass die endgültige [Höhe](#) der Austrittszahlungen „in Unsicherheit gehüllt“ sei, nachdem ein Mitarbeiter der Finanzaufsicht betonte, dass die aktuellen Schätzungen nur auf einer Reihe von Vermutungen beruhen. Die britische Regierung rechnet mit Austrittszahlungen in Höhe von 35 bis 39 Milliarden Pfund. Das Überwachungsgremium warnt jedoch vor „kleinen Änderungen einiger Annahmen über die Zukunft“, die diese Summe weiter ansteigen lassen könnten. Der britische Rechnungshof erklärte, dass UK aufgrund der EU-Finanzvorschriften nach dem Austritt im März 2019 bis zu 3 Milliarden Pfund mehr Haushaltsbeiträge zahlen müsse als vom Finanzministerium geschätzt. Darüber hinaus muss Großbritannien bei der Europäischen Investitionsbank eine Bürgschaft in Höhe von 37,5 Milliarden Pfund hinterlegen. Schwankungen im Wechselkurs könnten die Höhe der Austrittszahlungen ebenfalls beeinflussen, da diese in Euro gezahlt werden.

May weist auf eine weichere Haltung in der EU-Migration hin

Die britische Premierministerin Theresa May sagte am 9. April 2018, das Vereinigte Königreich werde die Frage der europäischen [Migration](#) im Zuge der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der EU nach dem Brexit behandeln. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sie bereit ist, eine Sonderbehandlung für Unionsbürger in Erwägung zu ziehen. Sie bekräftigte ihr Ziel eines umfassenden und ambitionierten Abkommens mit der EU nach dem Austritt. Das Vereinigte Königreich werde nach dem Brexit nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarktes sein und somit auch die Personenfreizügigkeit nicht mehr anwenden, sagte May. UK müsse somit eigene Migrationsgesetze verabschieden, die sich mit dem Status der EU-Bürger befassen.

Hintergrundmaterial

Bank of England versucht Inflationsrisiken und Brexit-Unsicherheiten auszugleichen

Die Bank Berenberg veröffentlichte am 20. April 2018 einen [Bericht](#) über die Entwicklung der Geldpolitik seit dem Brexit-Referendum und die voraussichtliche Zukunft. Seit die Briten im Juni 2016 für den Austritt aus der EU gestimmt haben, hat die Bank of England mit ihrer Geldpolitik eine deutliche Wende vollzogen. Zunächst wurde im August 2016 mit einer Lockerung der Geldpolitik auf die Nachfragerisiken des Brexit-Votums reagiert. Wahrscheinlich wird die Bank of England die Zinsen im kommenden Mai bei einer Sitzung des Inflationsberichts wieder anheben. Wenn UK die EU verlässt, werden langsamere Wachstumsraten des Arbeitskräfteangebots, der Auslandsinvestitionen und des Handels das langfristige Wachstumspotenzial von UK verringern.

Bericht über die zukünftigen EU-UK Beziehungen veröffentlicht

Am 4. April 2018 legte der EU-Ausschuss des britischen Parlaments in einem dritten [Bericht](#) über die umfassenden Untersuchungen der Verhandlungen nach Artikel 50 Kriterien fest, auf die alle Verhandlungsergebnisse, die bis Oktober 2018 erreicht wurden, untersucht werden müssen. Nachdem die Europäische Union und das Vereinigte Königreich am 19. März 2018 einen Entwurf eines Austrittsabkommens veröffentlicht haben, befassen sie sich nun mit der detaillierten Festlegung zukünftiger Beziehungen, mit dem Ziel bis Oktober 2018 eine politische Einigung im Rahmen der zukünftigen Beziehungen zu erreichen.

Diese wird neben dem Rücktrittsabkommen nach Artikel 50 und der Vereinbarung über die Übergangszeit vereinbart. Es wird eine Einigung über die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich angestrebt. Der britische Ausschuss erkennt an, dass das Vereinigte Königreich der EU Vorschläge unterbreiten müsse, da es im Interesse der EU und UK liege, dass eine Einigung bezüglich der künftigen Beziehungen erzielt werde, von der beide Seiten profitieren.

Jedes Brexit-Szenario wird Großbritannien schlechter stellen

Eine Studie für den Thinktank Global Future hat [gezeigt](#), dass jedes Brexit-Szenario der britischen Regierung, auch ein „maßgeschneiderter“ Deal, Großbritannien schlechter stellen wird und die Steuerzahler jede Woche Millionen Pfund kosten wird. Die Studie zeigt, dass selbst ein „maßgeschneiderter“ Deal, das favorisierte Szenario der britischen Regierung, negative steuerliche Auswirkungen von ungefähr 40 Milliarden Pfund im Jahr haben würde. Die Studie ergab jedoch auch, dass ein „maßgeschneiderter“ Deal dem Finanzministerium zusätzliche 27 Milliarden Pfund einbringen könnte, einschließlich Zolleinnahmen und EU-Haushaltseinsparungen. Insgesamt würden die Nettokosten eines solchen Abschlussabkommens bis zum Jahr 2033 in etwa 40 Milliarden Pfund pro Jahr betragen.

Seit dem Brexit ist Großbritannien für Fachkräfte uninteressant

Seit dem Brexit-Referendum am 23. Juni 2016 ist die Zahl der europäischen Arbeitskräfte, die in UK aktiv nach einem Job suchen um 11,4% zurückgegangen. Der Anteil von Arbeitssuchenden aus Drittländern hat zugenommen, der Anteil der Interessenten aus EU-Ländern ist jedoch deutlich zurückgegangen. Diese [Entwicklung](#) ist seit Juni 2016 beobachtbar und

eine Folge des Brexit-Referendums. Sie erhöht die Gefahr britischer Unternehmen, kritische Positionen nicht besetzen zu können. Zu diesen Positionen gehören vor allem Bereiche im Management. Hier ist mit 24,8% der größte Rückgang an Jobsuchenden zu erkennen.

Nach dem UK-Referendum haben sich 20 Banken für Frankfurt entschieden

Laut deutschen Behörden haben sich seit dem Brexit-Votum ungefähr 20 Banken dazu [entschieden](#), in Frankfurt ihre Hauptgeschäftsstellen zu eröffnen. Der hessische Wirtschaftsminister, Tarek Al-Wazir, sagte Anfang April 2018, dass die Stadt zuversichtlich sei, dass sich zukünftig noch mehr Banken dazu entscheiden werden, in Frankfurt ihr EU-Hauptquartier zu eröffnen. Bis jetzt haben sich ungefähr 18 Finanzinstitute zu diesem Schritt entschieden, 60 weitere befinden sich derzeit noch in der Entscheidungsphase, wie es nach dem Brexit weitergehen soll. Al-Wazir betonte weiterhin, dass Frankfurt „die Nummer eins auf dem Kontinent“ sei. Während große Banken, so wie JP Morgan und Goldman Sachs ihre Standortentscheidungen bereits getroffen haben, gibt es noch eine Vielzahl kleinerer Unternehmen, die ihre Brexit-Notfallpläne erst noch festlegen müssen.

Britische Arbeiter sorgen sich um ihre Zukunft

Nach Angaben von Frances O'Grady, Chefin des Gewerkschaftsbundes Trade-Union Congress (TUC), [befürchten](#) britische Arbeiter, dass ihre Rechte nicht gesichert werden, nachdem Großbritannien die EU verlässt. Sie wies darauf hin, dass die aufgrund der Zusammenarbeit von London und Brüssel ausgearbeiteten Regeln das Arbeitsleben in Großbritannien zum Besseren gewandelt hätten. Es sei auch die EU, die diese Idee zuerst erwähnt hatte, die Arbeitnehmerrechte im endgültigen Brexit-Abkommen einzuschließen und jetzt müsse Großbritannien dasselbe tun. Ohne den expliziten Abschluss der sozialen Rechte könne keine Diskussion über weitere Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geführt werden.

Die Folgen des Brexit für Deutschlands Regionen

Die deutschen Regionen werden am [stärksten](#) von den durch den Brexit verursachten wirtschaftlichen Schäden in der Europäischen Union betroffen sein. 41 der 50 am stärksten von Großbritanniens Entscheidung betroffenen EU-Regionen befinden sich in Deutschland, so eine Studie des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR). Die Betroffenheit ist besonders stark in Regionen, die wirtschaftlich gut aufgestellt sind und eine starke Außenwirtschaft haben. Weitere betroffene Länder der EU sind Irland, Belgien, die Niederlande und Malta. Nach dem von dem AdR veröffentlichten Forschungspapier sind die meisten Regionen nicht in der Lage, die Brexit-Ergebnisse richtig zu bewerten. Die wirtschaftlichen Akteure in diesen Regionen sind meist in dieser Position oder zögern, eine Folgenabschätzung vorzunehmen, da sie nicht wissen, unter welchen Bedingungen der Rückzug des Vereinigten Königreichs tatsächlich stattfinden wird. Dieser Mangel an Analyse der Auswirkungen des Brexit in vielen Regionen und das Fehlen von Daten über die Auswirkungen beschränken unweigerlich die Möglichkeiten, sich wirksam vorzubereiten und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Dies und Das

Die Zahl der Briten, die EU-Bürgerschaft erhalten, nimmt zu

Nach dem EU-Referendum haben viele [Briten](#) die Staatsbürgerschaft anderer EU-Mitgliedstaaten beantragt, um sicher zu sein, dass sie in den übrigen 27 Staaten weiterhin frei reisen und arbeiten können. Im Jahr 2016 wurden 6.555 Bewerbungen aus dem Vereinigten Königreich für eine Staatsbürgerschaft in einer der 27 EU-Staaten angenommen, berichtet Eurostat. Die Zahl der Anträge im Jahr 2015, ein Jahr vor dem Brexit-Referendum, betrug nur 2.478. Die Liste der Hauptempfänger umfasst Schweden, Dänemark, Irland, Luxemburg und die Niederlande. Derselbe Trend ist auch in Deutschland zu beobachten. Briten, die in Köln eine Staatsbürgerschaft beantragen möchten, müssen derzeit bis zu sechs Monate auf einen Termin warten. Wäre das nicht der Fall, würde die Zahl der Anträge 2016 wahrscheinlich bereits dreistellig sein, sagen die Behörden. Experten stellen dar, dass ein solcher Trend keine Überraschung sei und ein Anstieg durch die Unsicherheit der Menschen über die zukünftige wirtschaftliche Situation in ihrem Land verursacht werde.

Ehemalige Regierungschefs äußern sich über Brexit

Der ehemalige britische Premierminister David Cameron sagte während seines [Interviews](#) mit CNN, er bedauere es nicht, das Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union durchgeführt zu haben. Trotzdem wünsche er sich Großbritannien würde in der EU bleiben. Großbritannien sei wirtschaftlich und politisch stark genug, um selbst zu entscheiden, ob es ein Partner oder ein Mitglied der Union sein will. Sein ehemaliger [Kollege](#), der Ex-Präsident Frankreichs, François Hollande, äußerte sich härter. Ihm zufolge sei die Tür zur Europäischen Union geschlossen und die Ergebnisse des Referendums seien nun endgültig. Die EU habe sich alle Mühe gegeben, das britische Volk zu erreichen und dahingehend zu überzeugen, dass sie weiterhin ein Mitglied der EU bleiben. Hollandes Erwartungen an die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien sind nicht sehr optimistisch. Wenn Großbritannien auf dem Binnenmarkt bleiben wolle, müsse es die Freizügigkeit respektieren, ein Grundsatz, den eine Mehrheit der Briten abgelehnt habe.

Die Briten fordern eine Abstimmung über das Brexit-Abkommen

Die Mitglieder des Britischen Parlamentes, Prominente und Firmenchefs starteten am 15. April eine [Kampagne](#), um zu einer Abstimmung über einen endgültigen Brexit-Deal aufzurufen. Die Organisatoren sagten, dass 1.200 Menschen bei der Veranstaltung waren, einschließlich der Abgeordneten aller führenden Parteien. Die soziale Bewegung „Volkswahl“ hat in Großbritannien bereits eine solide Unterstützung bekommen. Das Hauptziel der Kampagne sei es nicht, ein zweites Referendum durchzuführen, sondern „eine weitere Chance zu bekommen, darüber nachzudenken, wie die Bedingungen dieser Scheidung aussehen werden“. Einige Meinungsumfragen haben vor kurzem eine leichte Verschiebung zugunsten des Bleibens in der Europäischen Union gezeigt. Großbritannien stimmte im Juni 2016 mit 51,9% gegen 48,1% dafür die EU zu verlassen. Eine aktuelle [Umfrage](#) vom März 2018 zeigt, dass im Falle eines erneuten Referendums 51% für einen Verbleib in der EU stimmen würden, 49% würden dagegen stimmen.

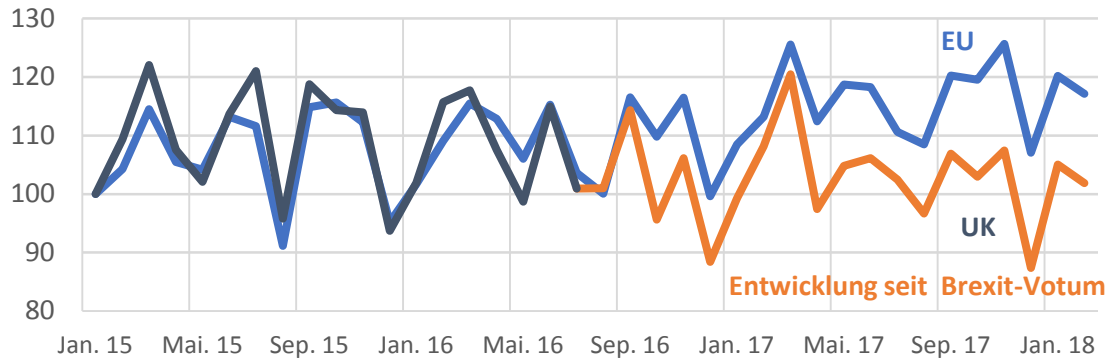
Es sollte auch an Paare gedacht werden, die durch den Brexit getrennt werden

EU-Bürger, die in UK wohnen, ohne dort gemeldet zu sein und sich bisher auf ihren EU-Status verlassen haben, haben jetzt ein Jahr Zeit, ihren Wohnsitz dort [anzumelden](#). In UK leben viele EU-Bürger, die britische Ehepartner haben, zahlen dort Steuern, haben nationale Krankenversicherungen und europäische Pässe. Bisher war ihr Aufenthaltsrecht in UK durch dessen Mitgliedschaft in der EU gesichert. In dieser Situation befinden sich ungefähr 3 Millionen EU-Bürger, die in UK wohnen, und 2 Millionen Briten, die in anderen EU-Staaten leben. Diese Menschen haben aktuell keine Klarheit über ihre Zukunft. Im Mai diesen Jahres bietet sich der britischen Regierung eine hervorragende Möglichkeit Stellung zu diesem Problem zu beziehen. Im Mai wird die Hochzeit von Prinz Harry und der Amerikanerin Meghan Markle stattfinden. Dadurch erhält sie das Aufenthaltsrecht in Großbritannien, während andere EU-Bürger, die sich in langjährigen Beziehungen mit Briten befinden, nicht dieses Glück haben.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

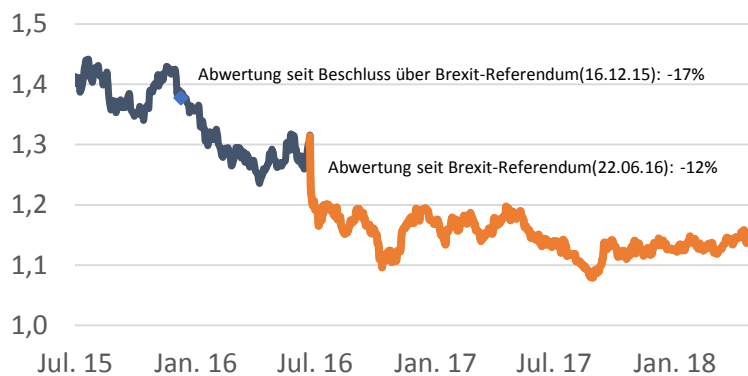
(01/15=100, Monatswerte; [Quelle: DeStatis](#), eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Die deutschen Exporte nach Großbritannien sind 2017 um 1,8% gesunken. Dem steht ein Plus von 6,3% bei den deutschen Exporten in die EU insgesamt gegenüber. Im letzten Jahr war Großbritannien nur noch Deutschlands fünftwichtigster Absatzmarkt, nach fünf Jahren auf Rang 3. 2016 hatte es bereits einen Rückgang der Ausfuhren nach Großbritannien von 3,5% gegeben.

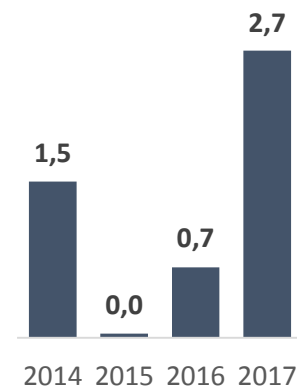
Wechselkurs Pfund - Euro

(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 23.04.18)



Inflation

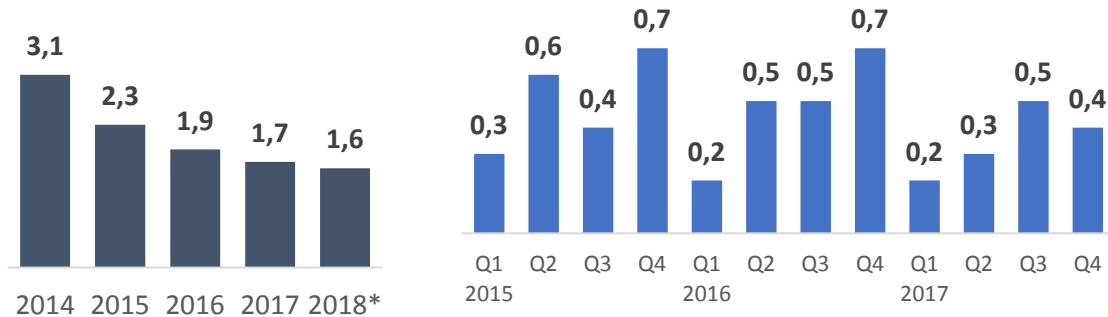
(Quelle: IMF)



DIHK-Kommentar: Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen in Großbritannien sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 2,7%. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

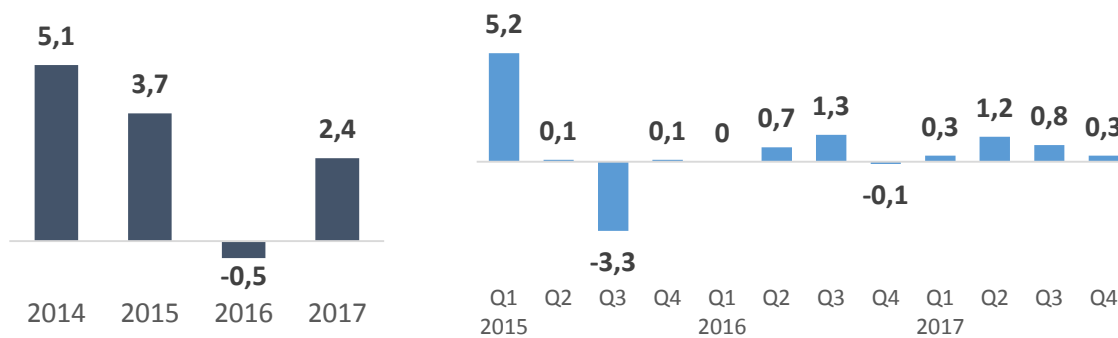
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#); *IWF-Prognose)



DIHK-Kommentar: Das Wachstum der britischen Volkswirtschaft fiel 2017 mit 1,7% deutlich geringer aus als in Deutschland (2,5% kalenderbereinigt) und im Rest der EU (ebenfalls 2,5%). Auch in diesem Jahr dürfte das BIP in Großbritannien mit 1,6% weiterhin unterdurchschnittlich wachsen (IWF-Prognose für die EU: 2,5% in 2018).

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Die gewerblichen Investitionen entwickeln sich nach dem Rückgang in 2016 weiter eher verhalten. 2017 sind sie weitaus schwächer gewachsen als in den Jahren vor dem Brexit (Durchschnitt 2010 - 2015: 5%). Die stockenden Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.



Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>